

Neue Quartalsberichte online

Die Quartalsberichte zur Medienwirtschaft für den Zeitraum Januar bis März 2018 von Gert Hautsch stehen online. Sie bestehen wie immer aus drei Teilen:

- Branchenübersicht:
Gutes von der Grosso-Front
- Konzernübersichten:
P7S1 gebiert Nucom
- Übernahmen und Beteiligungen:
Von Academia bis Zerotwonline

Direkter Link zu den Quartalsberichten:

<http://tinyurl.com/m4qledu>

Bildhonorare 2018

Die Broschüre „Bildhonorare 2018“: Der Preis für ver.di-Mitglieder beträgt für die Printausgabe 19,80 Euro + 5 Euro Versandgebühr, die E-Paper-Ausgabe für mobile iOS- und Android-Geräte kostet 17,80 Euro. Bei Bestellung bitte die ver.di-Mitgliedsnummer angeben.

Fax: 030 324 7001

E-Mail: info@bvpa.org

www.bvpa.org/bildhonorare/

Manifest der jungen Redakteure

Bereits in der fünften Verhandlungsrunde hatten junge Redakteurinnen und Redakteure aus dem gesamten Bundesgebiet den BDZV-Vertretern ein Manifest überreicht, in dem sie vor der Gefahr warnen, dass die gut ausgebildeten jungen Journalistinnen und Journalisten in Pressestellen und in die Werbung abwandern, wenn die Bedingungen in den Tageszeitungsredaktionen nicht stimmten:

„Wir sind in den Journalismus gegangen, weil wir an ihn glauben und dafür arbeiten wollen, dass er eine Zukunft hat. Man könnte sagen, es ist Leidenschaft. Nur: Irgendwann reicht auch die größte Leidenschaft nicht mehr aus. Wenn wir keine Jobsicherheit haben, wenn wir keine Freiräume für eigene Ideen bekommen, wenn wir von Sparrunden bedroht sind und vor allem: Wenn unsere Arbeit nicht wertgeschätzt wird, auch in Form von Geld, dann gehen wir“, heißt es in dem Manifest.

Direkter Link:

<http://t1p.de/cny2>

Tarifrunde Tageszeitungsredaktionen 2018:

Ziel: Reallohnsteigerungen!



Demonstration der Zeitungsjournalistinnen und -journalisten in Paderborn

Foto: Dirk Toepper

In der Tarifeinmündung für die rund 13.000 Tageszeitungsjournalistinnen und -journalisten in Deutschland gehen die Streiks weiter: Über das Pfingstwochenende legten erste Redaktionen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen die Arbeit nieder, danach wurden die Streiks erneut deutlich ausgeweitet. In Bielefeld, Unna und Kiel fanden Kundgebungen statt.

„Die Kolleginnen und Kollegen kämpfen für eine Reallohnsteigerung. Sie wollen sich nicht länger von der allgemeinen Gehaltsentwicklung abhängen lassen. Sie erwarten von ihren Verlagshäusern Wertschätzung ihrer journalistischen Arbeit und vor allem attraktivere Bedingungen für die Jungen. In den bisherigen Verhandlungsrunden war davon seitens der Verleger noch nichts zu spüren, daher wird nun wieder mit weiteren Streiks ein starkes Zeichen gesetzt“, kündigte der Verhandlungsführer der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di, Matthias von Fintel, an.

Nachdem die Verhandlungen über einen neuen Gehaltstarifvertrag am 26. April 2018 ohne Ergebnis und neuen Termin unterbrochen worden seien, komme es nun auf ein solches Zeichen an, so von Fintel weiter. Mit dem Bun-

desverband Deutscher Tageszeitungsverlage (BDZV) sei für den 4. Juni mittlerweile ein Termin für die sechste Verhandlungsrunde gefunden worden: „Wir brauchen endlich ein vorzeigbares Ergebnis. Es ist nicht vermittelbar, dass die Verleger, nach den Tarifergebnissen im öffentlichen Dienst und in anderen Bereichen der Privatwirtschaft, den Zeitungsjournalistinnen und -journalisten nicht mal die Inflation ausgleichende Gehaltssteigerungen anbieten - Reallohnsteigerungen müssen her. In den Redaktionen wird engagiert an der Zukunft der Medienhäuser gearbeitet, es wird für alle neuen Vertriebswege produziert - und zwar wegen des Arbeitsplatzabbaus der vergangenen Jahre und der verschlafenen Entwicklung neuer Angebote im Internet unter schwierigen Bedingungen und unter hohem Druck. Das muss endlich angemessen honoriert werden, und vor allem ist es wichtig, den journalistischen Nachwuchs zu halten. Die Jungen sind die Zukunft“, machte von Fintel deutlich.

Die dju in ver.di fordert für angestellte und freie Tageszeitungsjournalistinnen und -journalisten 4,5 Prozent mehr Geld, für Berufseinsteiger aber mindestens 200 Euro mehr pro Monat.

Ausführliche Informationen

www.dju.verdi.de/rein/tarifrunde

Whistleblower: Schutz fehlt

Die EU-Kommission hat einen Richtlinienentwurf vorgestellt, der Whistleblowern mehr Rechtssicherheit geben soll. Informanten, die ungesetzliche Praktiken enthüllen, sollen in der EU in Zukunft besser vor Entlassung oder sonstigen Repressalien geschützt werden. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, wie man so schön kommentiert. Er kommt allerdings spät und ist schon vom Ansatz her mit Mängeln behaftet. Bereits im Jahr 2014 hatte der Europarat seinen Mitgliedstaaten einen gesetzlichen Schutz von Whistleblowern empfohlen. Wenn auch knapp, könnte die neue Richtlinie so noch vor den Europawahlen im Mai 2019 verabschiedet werden.

Ausführlicher Artikel von Rüdiger Lühr:

<https://tinyurl.com/y8u37vnt>



Foto: Warner Bachmeier

Aktion für verhafteten Kölner



Protest gegen die Verhaftung von Adil Demirci beim 1. Mai in Köln. Foto: ver.di

Seit dem 13. April sitzt der deutsch-türkische Journalist Adil Demirci in türkischer Haft. Der Kölner, der ebenso wie Mesale Tolu für die Nachrichtenagentur Etha arbeitet, war während eines Kurzurlaubs mit seiner Mutter in der Türkei festgenommen worden. Vorgeworfen werden ihm „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ sowie „Terrorpropaganda“. Der kurz nach Demircis Festnahme in Köln gegründete Solidaritätskreis „Freiheit für Adil“ hat nun eine Postkartenaktion für den 32-Jährigen ins Leben gerufen.

<https://tinyurl.com/y7sy7geq>

Verhandlungsauftritt Zeitschriftenredaktionen:

dju fordert 4,5 Prozent mehr Geld

In Hamburg begannen am 26. April die Tarifverhandlungen für die etwa 6.000 Zeitschriftenredakteurinnen und -redakteure.

Die Tarifpartner Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ), Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju)/ver.di und Deutscher Journalisten Verband (DJV) hatten einen frühzeitigen Verhandlungsauftritt noch innerhalb der Laufzeit des geltenden Gehaltstarifvertrags vereinbart, der zu Ende April gekündigt wurde. Zunächst wird die Tarifrunde in kleineren Arbeitsgruppen am 26. April und 17. Mai 2018 intensiv vorbereitet, bevor die große Verhandlungsdelegation der Tarifparteien am 6. Juni 2018 zusammentritt.

Die Absicht ist, mit diesem Prozedere möglichst schnell zu einem für alle Beteiligten akzeptablen Tarifergebnis zu kommen. Die dju in ver.di fordert eine Erhöhung der Gehälter um 4,5 Prozent und eine Mindesterhöhung für die Berufseinsteiger von 200 Euro.

„Die Zeitschriftenverlage sind mitten im digitalen Wandel. Das führt in Redaktionen zu einer Vervielfachung der Printtitel, deren digitaler Aus-

gaben und eigenständiger Online-Plattformen. Dagegen wurde ab dem Jahr 2000 die Anzahl der Redakteurinnen und Redakteure massiv abgebaut, was erkennbar zu einem Produktivitätszuwachs in den Redaktionen bei gleichzeitiger massiver Arbeitsverdichtung führt. In dieser Tarifrunde ist dementsprechend nun endlich mal ein deutlicher Gehaltszuwachs Pflicht“ erklärte der Verhandlungsführer der dju in ver.di, Matthias von Fintel, zu Beginn der Verhandlungsrunde. Eine Fortsetzung der relativen Lohnzurückhaltung sei im Wettbewerb der Fach- und Publikumsverlage mit Wissenschaft und Industrie schädlich. Schon jetzt sei die Suche nach gutem Personal und Nachwuchsredakteuren schwer. Deshalb müsse die kontinuierliche Abkoppelung der Tarifgehälter in den Redaktionen von der allgemeinen Gehaltsentwicklung beendet werden. „Diesen Trend müssen wir stoppen, um die Qualität der journalistischen Arbeit in den Zeitschriftenredaktionen weiter zu sichern“, sagte dju-Verhandlungsführer von Fintel.“

<https://dju.verdi.de/geld/tarif-news>

Amazon-Beschäftigte protestierten bei Springer

Mehrere hundert Amazon-Beschäftigte aus Deutschland, Polen, Italien und Spanien haben am 24. April vor dem Axel-Springer-Verlag gegen die Verleihung des diesjährigen Axel-Springer-Awards an Amazon-Chef Jeff Bezos demonstriert. Mit dem Award ehrt das Medienhaus „herausragende Persönlichkeiten, die außergewöhnlich innovativ sind, neue Märkte schaffen und Märkte verändern, Kultur formen und sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stellen“, heißt es bei Springer. In den Ohren der Amazonier klingen diese Worte wie Hohn. Sie kämpfen seit Jahren für einen Tarifvertrag und bessere Arbeitsbedingungen.

Artikel von Petra Welzel auf verdi.de:

<https://tinyurl.com/y8vm4ycl>



ver.di-Protestkundgebung gegen die Verleihung des Axel-Springer-Awards an Amazon-Chef Jeff Bezos vor dem Axel-Springer-Verlag Foto: Christian von Polentz

Madsack Mediengruppe:

Zur Betriebsratswahl 32 Abo-Werber der Ostsee-Zeitung entlassen

Neuer Tiefschlag im Konflikt um die Rechte der Beschäftigten bei Mecklenburg-Vorpommerns größter Tageszeitung: Nur einen Tag vor der Wahl einer neuen Interessenvertretung hat die Leitung die Schließung des bisher im Rostocker Verlagsgebäude sitzenden Ostsee Aboservices (OAS) und die sofortige Kündigung aller 32 Mitarbeiter bekanntgegeben.

Die böse Überraschung kam an einem Montagvormittag: Ausnahmslos blaue Briefe für die 32 Mitarbeiter der auf die Neu- und Rückgewinnung von Abo-Kunden der Tageszeitung spezialisierten Werbefirma, die wie die Ostsee-Zeitung (OZ) eine hundertprozentige Tochter der vom Madsack-Konzern beherrschten Lübecker Nachrichten ist.

Offizielle Begründung: Die Kosten für die Telefon- und Stand-Werbung von Abonnenten seien zu hoch gewesen, daher würden die Aufgaben zum großen Teil von der Dialoghafen GmbH, einem gerade erst gegründeten Callcenter im Rostocker Stadtteil Warnemünde, übernommen. Dort könnten sich die soeben gekündigten Mitarbeiter gern bewerben. Ob der Einspareffekt wirklich so groß ist, darf bezweifelt werden, denn von Tarifgehaltern konnten die Mitarbeiter der Ostsee Aboservice GmbH (OAS) von jeher nur träumen.

Zwei Wochen zuvor hatte die Ostsee-Zeitung in ihrer Rostocker Ausgabe unter der Überschrift „Dialoghafen schafft 180 Jobs“ die Gründung der neuen Firma gefeiert. Deren Geschäftsführer durften darin stolz von den ersten Kunden berichten. „Sie kommen aus den Medien, der Konsumgüterbranche, der Kommunikation...“

Bei Nachtarbeit 30 % Zuschlag

Die Übergangsregelung, die für Zeitungszustellerinnen und Zeitungszusteller einen bis zum 31. Dezember 2015 auf 75 Prozent, ab dem 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 auf 85 Prozent herabgesetzt und für das Jahr 2017 auf 8,50 Euro festgesetzten gesetzlichen Mindestlohn vorgesehen hat, sei verfassungsgemäß, urteilte das Bundesarbeitsgericht am 25. April 2018 (5 AZR 25/17)

Aber es gab auch eine gute Nachricht für die Zeitungszustellerinnen und Zeitungszusteller: „Erfolgt die Zeitungszustellung dauerhaft in Nachtarbeit im Sinne des Arbeitszeitgesetzes, haben Zeitungszustellerinnen und Zeitungszusteller Anspruch auf einen Nachtarbeitszuschlag in Höhe von 30 Prozent des ihnen je Arbeitsstunde zustehenden Mindestlohns, sofern nicht eine höhere Vergütung vereinbart ist.“

<https://zeitungszusteller.verdi.de>

Pressemitteilung BAG:

<https://tinyurl.com/ya47a4ck>

Dass die Schließung des Ostsee Aboservices einen Tag vor der Betriebsratswahl bei der Ostsee-Zeitung erfolgte, in die die Firma wegen ihrer engen Verflechtung mit der Zeitung erstmals einbezogen worden war, erscheint als sehr seltsamer Zufall. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass der Lübecker Betriebsteil des Unternehmens davon nicht betroffen ist und weiter arbeiten darf.

Während die Geschäftsleitung den Vorgang offiziell totschwieg, machte der Betriebsrat das Thema vor der Belegschaft unter der Überschrift „Kampfansage“ öffentlich. Die Kampfansage gilt auch der Interessenvertretung selbst, deren Wahl die Chefetage wegen der Einbeziehung der Kollegen des Ostsee Aboservices gerichtlich angefochten hat.

Arbeitnehmervertreter und Geschäftsleitung hatten sich in der Streitfrage bereits vor dem Urnengang zweimal vor Gericht getroffen. Dabei setzte sich der Wahlvorstand in zwei Instanzen mit Anträgen auf einstweilige Verfügung durch und sorgte dafür, dass die Mitarbeiter des bis dato betriebsratslosen Ostsee Aboservices mitwählen konnten.

Interessenvertretung unter Druck

Das Verhältnis zwischen Betriebsrat und Leitung scheint inzwischen einen Tiefpunkt erreicht zu haben. In einem weiteren Aushang melden die Arbeitnehmervertreter, dass die Dialoghafen GmbH erneut als Rammbock gegen Arbeitnehmerrechte eingesetzt wurde. Weil der Betriebsrat nicht umgehend eine überraschend vorgelegte Vereinbarung über eine erfolgsabhängige Vergütung von Ver-

lagsmitarbeitern (Provisionen) unterzeichnen wollte, sondern um Bedenken- und Beratungszeit bei der komplexen Materie bat, würden bereits geplante Einstellungen für telefonische Werbevermarkter nicht erfolgen. Die Arbeiten würden ebenfalls nach Warnemünde vergeben.

Während sich der Dialoghafen auf seiner Facebook-Seite als vermeintliches Start-up mit ausnahmslos glücklichen Mitarbeitern feiert, sind dessen Geschäftsführer, die laut OZ für ihre Investition eine Millionen-Summe in die Hand nehmen, erfahrene Manager. Sie waren zuvor unter anderem im Konzern des nationalen Werbevermarkters Ströer tätig – ebenso wie OZ-Geschäftsführerin Imke Mentzendorff.

Appell an SPD als Gesellschafter

Die zunehmend ruppigen Methoden bei der Ostsee-Zeitung könnten auch für die SPD zum Problem werden, deren Medienholding ddvg größter Einzelgesellschafter des alles beherrschenden Madsack-Konzerns ist. So nutzte eine Abordnung von Mitarbeitern bei der Mai-Kundgebung des DGB in Rostock die Gelegenheit, mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig über die aktuellen Entwicklungen in dem Medienbetrieb zu diskutieren. „Machen Sie sich dafür stark, dass die politischen Forderungen der SPD nach einer Stärkung von Tarifverträgen und betrieblicher Mitbestimmung auch im ‚eigenen Haus‘ Realität werden“, heißt es in einem offenen Brief. Die Regierungschefin, selbst stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, versprach, sich der Angelegenheit anzunehmen.

Diesen Artikel durften wir übernehmen von:

www.qualitaet-und-vielfalt-sichern.de



Ein politisches Diskussionsforum für Aktive und Interessierte **12. ver.di-DruckerTage**

Tarifpolitik als Gesellschaftspolitik!?

Fachgruppe Verlage Druck und Papier **ver.di**

22. bis 24. Juni 2018 | ver.di Bildungszentrum »Das Bunte Haus« in Bielefeld

Die Tarifpolitik ist das Kerngeschäft der Gewerkschaften. Sie prägt über die unmittelbaren Arbeitsbedingungen hinaus das soziale Gefüge und ist deshalb immer auch Gesellschaftspolitik. Zugleich birgt der Wandel von Arbeit und Gesellschaft stetig neue strategische Herausforderungen. Welche Herausforderungen das genau sind, wie die Gewerkschaften mit ihnen umgehen und welche Zusammenhänge es mit dem scheinbaren Fachkräftemangel und den Auswirkungen des Brexits gibt, darüber wollen wir mit Euch auf den 12. ver.di-DruckerTagen diskutieren.

Austausch, neue Ideen und Anregungen

Wie immer sind die ver.di-DruckerTage eine gute Gelegenheit, um sich mit Anderen auszutauschen. Informationen zum Programm und zur Anmeldung:

<https://tinyurl.com/ya3qpb9f>

Medienkonzentration:

Madsack mit DuMont in Berlin verpartnert

Die Verlage Madsack und DuMont werden künftig ihre Titel aus den überregionalen Themenfeldern Politik und Wirtschaft durch eine gemeinsame Hauptstadtredaktion beliefern. Die bisherige Redaktionsgemeinschaft von DuMont wird geschlossen. 17 Beschäftigte verlieren ihren Job. Sie können sich auf zehn Stellen in der neuen RedaktionsNetzwerk Berlin GmbH (RND) bewerben. Diese wird ihren Sitz in den Räumen des bisherigen Madsack-Redaktionsnetzwerks im Haus der Bundespressekonferenz haben. Entsetzt herrscht unter den Beschäftigten der DuMont-Hauptstadtredaktion, die erst 2017 in ein neues Redaktionsgebäude in Berlin-Kreuzberg umgezogen sind.

An dem neuen Unternehmen werden das RND von Madsack zu 75 Prozent und DuMont zu 25 Prozent beteiligt sein. Damit bekommt das RedaktionsNetzwerk Zuwachs durch sechs Titel von DuMont. Täglich werden dann insgesamt 6,8 Mio. Leser von über 50 Tageszeitungen erreicht. Die tägliche Gesamtauflage aller Titel beträgt 2,3 Mio. Exemplare (IWW I. Quartal 2018). Vom 1. Oktober 2018 an erhalten die DuMont-Zeitungstitel Berliner Zeitung, Kölner Stadt-Anzeiger, Mitteldeutsche Zeitung sowie der Express, die Hamburger Morgenpost und der Berliner Kurier überregionale Inhalte für ihre Mantelausgaben. Die Produktion der Seiten erfolgt wie für alle Partner des RND am Madsack-Standort in Hannover. Geschäftsführer des neuen Unternehmens werden die RND-Chefs Wolfgang Büchner und

Uwe Dulias. Chef in Berlin soll der jetzige Büroleiter des RND Gordon Repinski bleiben; auch die weiteren in Berlin ansässigen acht Journalist_innen des RND wechseln in die neue Gesellschaft. Insgesamt soll diese Redaktion, die nicht tarifgebunden ist, mit 18 Stellen besetzt werden. Nach Informationen von ver.di werden zehn Stellen ausgeschrieben, auf die sich die dann auch die ehemaligen DuMont-Beschäftigten bewerben können. Bei dem Projekt, das als „Strategische Partnerschaft“ verkauft wird, bleiben also vorhersehbar mehrere auf der Strecke.

Aus dem gemeinsamen Betriebsrat der Berliner DuMont-Redaktionen heißt es: „Wir sind entsetzt über das von DuMont beschlossene abrupte Aus für die 17 Kolleginnen und Kollegen der Hauptstadtredaktion“ (DuMont Redaktionsgemeinschaft GmbH). Quintessenz der neuen „Kooperation“ mit Madsack sei, dass die DuMont-Hauptstadtredaktion bis zum Herbst dieses Jahres dichtgemacht werde. Diese Redaktion habe seit acht Jahren mit immer weniger Redakteuren unter schwierigen Bedingungen gearbeitet. Es sei daher empörend, wie man im Hause DuMont jetzt mit den Kolleginnen und Kollegen umgehe. Selbst wenn zehn von ihnen im neuen Redaktionskonstrukt Platz finden würden, bleibe das ein „brutaler Abbau“ der bisherigen 17 Stellen. Gegenüber ver.di haben die Arbeitgeber Gesprächsbereitschaft für einen Sozialplan und einen Interessenausgleich signalisiert. „Das ist ein herber Verlust an Vielfalt“, beklagt der stellvertretende Vorsitzende des dju-Bun-

desvorstandes Peter Freitag. „Wir erwarten, dass DuMont seiner sozialen Verantwortung nachkommt und allen betroffenen Kolleginnen und Kollegen eine berufliche Perspektive bietet. Es kann nicht sein, dass Beschäftigte, die sich mitunter seit vielen Jahren für das Unternehmen einsetzen, gewissermaßen auf ihre eigenen Stellen neu bewerben müssen. Das hat mit Sozialpartnerschaft nichts zu tun“, so der dju-Vize.

Die Zusammenarbeit von Madsack Medien-gruppe und DuMont steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch das Bundeskartellamt.

Karin Wenk

Dieser Artikel erschien zuerst auf mmm.ver.di.de

Link zur ver.di-Pressemitteilung: <https://tinyurl.com/yat5vb94>

Pressemitteilung der Gewerkschaften ver.di/dju Berlin, JVBB und des gemeinsamen Betriebsrats der drei Berliner DuMont-Redaktionen:

<https://tinyurl.com/ycmz2swh>

Klage gegen Springer

Darf ein Verlag ältere Texte freier Autorinnen und Autoren ohne Genehmigung und ohne Vergütung in Online-Archiven vermarkten? Müssen freie Autorinnen und Autoren sich für die langjährige Online-Verwurstung ihrer Arbeitsprodukte mit nem Appel und nem Ei abspesen lassen, im Zweifel sogar mit Null Euro? Um diese Fragen geht es in einem Musterprozess, den der freie Autor Rainer Jogschies mit Unterstützung von ver.di seit einem Jahr gegen den Axel Springer Verlag führt.

In einem Artikel für mmm.verdi.de beleuchtet Günter Herkel ein besonders dreistes Beispiel von „Langzeitverwertung“ des Axel Springer Verlags. Der Verlag hatte die Publikation, in der die Artikel erschienen waren, aufgekauft. Krude Theorie des Verlags: Der Autor habe zum Entstehungszeitpunkt der Beiträge vertraglich einem Total Buyout seiner Texte für alle Medien und alle Zeiten zugestimmt. Nur damals gab es noch gar kein Internet.

Link zum ausführlichen Artikel: <https://tinyurl.com/y7vufrrq>



Stimmübertragung

Am Samstag, 9. Juni 2018, findet ab 10 Uhr die nächste Mitgliederversammlung der VG Wort in Berlin statt. Seitens der VG Wort wurden jetzt die Einladungen hierzu versendet. Stimmberechtigt sind für die Mitgliederversammlung ausschließlich die Mitglieder. Mitglieder können ihre Stimme entweder persönlich vor Ort ausüben oder sich vertreten lassen. Und bitte vorher unbedingt checken, ob auch tatsächlich eine Mitgliedschaft besteht! Das erkennt ihr u.a. daran, dass ihr jährlich zehn Euro als Mitgliedsbeitrag an die VG WORT überweist und eine Einladung zur Mitgliederversammlung erhalten habt.

Ausführliche Infos:

<https://tinyurl.com/ybdwgudg>

Twitter-Tipps



Fachgruppe Verlage, Druck und Papier:
[@vdp_in_verdi](https://twitter.com/vdp_in_verdi)
die dju:
[@djuverdi](https://twitter.com/djuverdi)
Tarifinfos:
[@tarif_medien](https://twitter.com/tarif_medien)

Impressum

Der Verlagsnewsletter ist eine Publikation der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Bundesfachbereich 8 Bereich Medien, Paula-Thiede-Ufer 10 10112 Berlin
V.i.S.d.P.: Matthias von Fintel
Tarifsekretär Medien
Redaktion: Silke Leuckfeld
<https://tinyurl.com/ybskc5h6>

DIE STÄRKE VON VER.DI WÄCHST MIT JEDEM MITGLIED – DER BEITRITT LOHNT SICH.
<https://mitgliedwerden.verdi.de/>